Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 97 (1971)
Heft: 29

Rubrik: Aufgegabelt

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Freie Universität

In Zürich hat der «Kleine Studentenrat» kürzlich «Arbeitsblätter» herausgegeben. Sie sollen die theoretischen Grundlagen sein für eine «linke Studentenpolitik». Wie ein Sprecher erklärte, skizzieren die Arbeitsblätter das heutige Selbstverständnis der studentischen Exekutive. Sie zeigen, wo sich ihre Mitglieder «als sozialistische Intellektuelle innerhalb der sozialistischen Bewegung» im Sinne einer «Avantgarde des Proletariats» sehen. Das Dokument bildet ein aufschlußreiches politisches Programm, insbesondere, wie es wörtlich heißt, zu einer «echten langfristigen Konfliktstrategie».

Der Marsch geht Richtung marxistische klassenlose Gesellschaft. Wie die sozialistische Zukunft aussehen soll, wird jedoch nirgendwo beschrieben; nur an einer einzigen Stelle wird in einem Nebensatz die sowjetische Planwirtschaft erwähnt. Einige deutsche Hochschulen sind im Hinblick auf die Zerstörung der Demokratie viel weiter als die Schweiz; die liegt, wie die Zürcher Studenten feststellen, eine Etappe zurück. Aber nicht mehr von Begriffen, sondern von der konkreten Situation soll endlich ausgegangen werden. Primär seien nicht theoretische Programme, sondern «direkte Aktionen – Besetzungen, Streiks, Demonstrationen». Noch einmal werden die Verhältnisse an gewissen deutschen Hochschulen als Vorbild genannt, wenn gesagt wird, zu den weiteren Mitteln «studentischer Opposition und Selbsthilfe» gehöre nach deutschem Muster auch die «Uebernahme des Vorlesungsbetriebes».

Wie das in Deutschland an der sogenannten «Freien Universität» (FU) in Westberlin aussieht, das machte Ende Mai der Rücktritt von 16 Professoren, Mitgliedern des Akademischen Senats, deutlich. Einen Tag zuvor hatten bereits acht Mitglieder des Fachbereichs Neuere fremdsprachliche Philologie ihre Mandate niedergelegt, weil «Forschung und Lehre durch den pausenlosen Zeit- und Nervenverschleiß der ständigen Sitzungen unmöglich» geworden seien.

Von den 16 Professoren hat einer, Professor B. Rüthers, der Zivilrechtler ist und also sicherlich weiß, was er sagt, an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Schütz, einen Brief geschrieben. Daraus ist zu ersehen, wie die «Uebernahme des Vorlesungsbetriebes» aussieht, die Zürcher Studenten nach deutschem bzw. Berliner Vorbild anstreben:

Sehr geehrter Herr
Regierender Bürgermeister,

zum Ende des Semesters werde ich die Freie Universität verlassen. Außerdem lege ich mit sofortiger Wirkung mein Mandat im Kuratorium der Freien Universität nieder.

In vielen Fachbereichen dieser Hochschule herrscht ein Zustand der Rechtlosigkeit. Eine terroristische Minderheit entscheidet, ob Lehrveranstaltungen stattfinden oder Universitätsgremien zusammentreten dürfen. Dozenten und Studenten, die auf dem Boden des Universitätsgesetzes arbeiten wollen, werden geschlagen, getreten, geschmäht, mit vielfältigen Formen psychischen Terrors bedrückt. Die Instanzen zur Wahrung des Rechtes in der Universität sind im Ergebnis unwirksam. Der Ordnungsausschuß hat seit Erlaß des Universitätsgesetzes trotz vieler schwerer Rechtsverstöße, soweit bekannt, kein Verfahren mit einer Sanktion auch nur gegen einen Rechtsbrecher abgeschlossen. Diese rühmen sich vielmehr ihrer Unterstützung aus dem Präsidialamt der FU. Die Rechtskontrolle des zuständigen Senators für Wissenschaft und Kunst scheitert an den mißglückten Regelungen des Universitätsgesetzes. Lehrveranstaltungen mit der erklärten Zielsetzung, den Aufbau einer nichtrevisionistischen, das heißt revolutionären kommunistischen Partei zu unterstützen, sind im offiziellen Vorlesungsverzeichnis ausgedruckt und bestimmen das Grundstudium in großen Fachbereichen. Die revolutionäre Agitation an der Hochschule wird zunehmend aus den Steuermitteln des FU-Haushaltes finanziert.

Der Präsident ist unfähig, seine gesetzliche Aufgabe zu erfüllen, nämlich Recht und Ordnung zu wahren. Seine Besetzung des Ordnungsausschusses garantiert die Unordnung in dieser Universität. Sein Vizepräsident, Herr Professor Wesel, beteiligt sich an der Diffamierungskampagne gegen demokratisch gewählte universitäre Gremien und gegen die politischen Instanzen dieser Stadt.

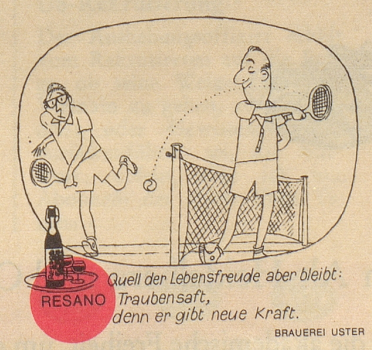
Forschung und Lehre verfallen. Qualifizierte Hochschullehrer wandern in großer Zahl aus Berlin ab. Allein in meinem Fachbereich gingen nach Erlaß des Universitätsgesetzes die Kollegen Bettermann, Pleyer, Herzog, Blümel, Hanau und ich selbst, das heißt alle, die einen Ruf an eine andere Hochschule erhielten. In anderen Fachbereichen ist die Entwicklung noch bestürzender. Sie selbst kennen die besorgten Aeußerungen der großen Mehrheit der Klinikdirektoren über die Krankenversorgung unter den negativen Einflüssen des Universitätsgesetzes.

Die Art und Weise, nach der in Berlin jetzt Hochschullehrer ernannt werden, muß als grotesk bezeichnet werden. Nach dem Fachhochschulgesetz werden zur Zeit in großer Zahl Hochschullehrer als Beamte auf Lebenszeit ernannt, die früher zum Teil nicht einmal hätten Assistenten werden können, weil sie nicht den Doktorgrad erworben haben. Manche arbeiten noch an ihrer Dissertation, sind also Professoren vor der Promotion. Andere wollen gar nicht promovieren. Auch an dieser Gesetzgebung unmittelbar engagierte Abgeordnete sind so Professoren geworden. Die Berliner Universitäten werden auf diese Weise der Lächerlichkeit preisgegeben. Die Personalstruktur ihrer Hochschullehrer wird zerrüttet.

Insgesamt ist festzustellen:

Das Universitätsgesetz mit seinem rätedemokratischen Entscheidungsmodell ist gescheitert und hat die FU in großen Fachbereichen den Feinden einer freien Universität und eines demokratischen Staates ausgeliefert. In den übrigen Bereichen sind Lehre und Forschung in der geschilderten Weise beeinträchtigt und bedroht. Die weitere Mitarbeit führt in vielen gesetzlichen Entscheidungsgremien dazu, daß der Schwund freier wissenschaftlicher Arbeit und rechtsstaatlicher Ordnung, der unter diesem Gesetz rapide zugenommen hat, vor der Oeffentlichkeit verschleiert wird. Die Berliner Universitäten waren einmal Orientierungspunkte wissenschaftlicher Qualität und staatsbürgerlicher Verantwortung im Hochschulbereich. Heute – und es ist schmerzlich, das sagen zu müssen – gebietet es die Verantwortung für die Freiheit der Wissenschaft und die Entwicklung dieser Stadt, die Entscheidungsgremien der Universität zu verlassen. Das tue ich hiermit.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr
gez. B. Rüthers



Im Spätprogramm «Musik klingt durch die Nacht» aus dem Studio Basel sagte Mäni Weber: «Si wüsse jo: Modärni Wohnig – halb so vyl Platz für dopplet so vyl Mieti!» Ohohr

So also stellt sich der sozialistische Fortschritt, das Selbstverständnis der studentischen Exekutive mit der «echten Konfliktstrategie» dar, die der «Kleine Studentenrat» für die Zürcher und anderen Schweizer Universitäten verwirklichen wollen. Die Berlin-Woche in Zürich stand kürzlich unter der Losung «Die Zürcher sollen Berlingesinnt werden», was man in Zürich freilich nur mit «Berlinminded» ausdrücken konnte. Der «Kleine Studentenrat» zeigt sich unbestritten progressiv «Berlinminded».

Die Schweiz hat sich, trotz der «Zweihundert» und anderer Anpasser, zwölf Jahre lang gegen den faschistischen Ungeist aus Deutschland und Berlin, wo sich Goebbels die Zustimmung zu Hitlers «totalem Krieg» geholt hat, erfolgreich gewehrt. Wird sie sich gegen die sozialistische Lustseuche, die jetzt von der FU in Berlin eingeschleppt werden soll und die nicht weniger ansteckend und unmenschlich ist, mit dem gleichen Erfolg zur Wehr setzen? Es wäre zu hoffen. *Till*

Man kann die Interessen der Sparer und Rentner nicht zum Angelpunkt und Kompaß der Wirtschaftspolitik machen, das hieße das Pferd am Schwanz aufzäumen. Leitbild muß die optimale Entwicklung des Leistungspotentials der Wirtschaft bleiben, denn alle Einkommen, auch die Zinseinkommen, Pensionen und Renten, müssen zuerst produziert werden; erst wenn der Kuchen gebakken ist, kann man die Stücke herausschneiden . . .

Hans Graf